

„SCHULDENBREMSE“ IST ABRISSBIRNE FÜR 10 Jahre Blut und

10 weitere Jahre Sozialabbau und Belastungspakete. Das versprechen die EU-Granden Merkel und Sarkozy den Menschen in Europa. Weil das den Leuten nicht gefällt, wird die Demokratie abgebaut. Protest ist notwendig.

Die Medienmaschinen in der EU haben den Hebel umgelegt. Von Aufschwung ist keine Rede mehr. Stattdessen wird ganz schwarz gemalt. Die Meinungsmacher sagen: Wenn nicht hunderte Milliarden Euro an Steuergeldern für die Banken und den Euro locker gemacht werden, droht der Untergang des Abendlandes. Deshalb sind Sozialabbau, Belastungspakete auf allen Ebenen, Lohnkürzungen und Verschlechterungen bei den Pensionen ganz einfach notwendig. Die deutsche Bundeskanzlerin Angelas Merkel sagt schon, dass die Krise 10 Jahre lang dauern wird. Und auch in Österreich hat sich die Tonart der Aussagen zur Euro-Krise geändert. Von Bundeskanzler Faymann und Finanzministerin Fekter abwärts werden die Menschen auf schwere Zeiten eingestimmt. Die „Schuldenbremse“ soll als Abrisssbirne für den Sozialstaat dienen.

Dabei nimmt man es mit der Demokratie nicht mehr so genau. Die „Finanzmärkte“ bestimmen, was die Regierungen beschließen sollen und wer politisch am Ruder bleibt. Weil das – angesichts der Massenproteste in den EU-Mitgliedsstaaten



Die ältere-Generation wird in der EU besonders benachteiligt. Die Belastungspakete entwerten die Pensionen.

– nicht so leicht durchsetzbar ist, greift man zu Notstandsmaßnahmen. Wir haben eine Diktatur der Finanzmärkte.

Beispiel Griechenland

Weil die Herrschenden eine Gefahr für ihre Profite gesehen haben, wird die Regierung eines Mitgliedstaates ausgehebelt und durch eine noch willfährigere

ersetzt. Und zwar durch ein von niemandem gewähltes und in keinem einzigen EU-Vertrag vorgesehenes Gremium, durch die „Frankfurter Runde“. Diese ist nach der Gruppe benannt, die sich im Vorfeld des jüngsten EU-Gipfels in Frankfurt getroffen hat, und besteht aus Merkel, Sarkozy, Barroso, van Rompuy, Juncker und der Chefin des IWF, Lagarde.

KRISE UND KRIEG

EU und NATO haben mit den in der Krise Geld für Kriege. Der Luftkrieg gegen Libyen war nicht gratis. Jetzt soll es vielleicht gegen Syrien und den Iran gehen. Dabei werden Milliarden verpulvert, Menschen sterben, damit die Profite bleiben.

Auch Italien wurde unter Kuratel gestellt.

Das Diktat der „Frankfurter Runde“ ist aber kein Zeichen der Stärke, sondern ein Ausdruck der Krise. Anscheinend hat man entschieden, dass jetzt nur mehr ein straff organisiertes Kerneuropa in der Lage ist, den Abbau des Sozialsystems in

ZITIERT

„Vorteile hat der Luftkrieg gegen Libyen auch gebracht: Die Kampfflugzeuge Dassault Rafale sowie Eurofighter konnten die Kriegstauglichkeit unter Beweis stellen.“

Kurt Gärtner (Wels) in der Kronen Zeitung.



„Wir steuern auf eine Revolution zu – und zwar nicht nur in den USA, sondern weltweit“ Schlagerstar Paul Anka (Diana) laut profil 44/2011

Nur weil der Kommunismus untergegangen ist, ist ja die soziale Gerechtigkeit nicht auferstanden. Im Gegenteil, die Ungerechtigkeit nimmt zu, die Armut ebenfalls und immer weniger Menschen fühlen sich heute für den anderen verantwortlich.“ Peter Turrini. Kleine Zeitung, 13.11. 2011

GUTES GESCHÄFT

Die „Rettungspakete“ sind ein gutes Geschäft für die Banken, die jetzt risikofrei Profite machen können. Sie senken den Lebensstandard der Bevölkerung in allen EU-Staaten. Hunderte Millionen an Steuergeldern werden von der Allgemeinheit zum Finanzkapital umgeschichtet. Die Zahl der Armen steigt in den reichsten Ländern auf Rekordwerte.

Dabei werden schon wieder Milliarden für Spitzenbanker ausgezahlt, die Millionäre werden immer reicher. Auch ein neues EU-Hauptquartier ist in Planung: Kostenpunkt 240 Millionen Euro.

Dafür will man eine eigene EU-Steuer einführen. 99 Prozent der Bevölkerung müssen bluten, damit 1 Prozent weiter in Saus und Braus lebt.



Der Euro ist nicht unser Geld. Früher war Geld noch bunt bedrucktes Papier. Heute existiert es größtenteils nur noch virtuell in den Computern der Mächtigen.